Inhaltsverzeichnis

zur Niederschrift über die öffentliche 06./X. Ratsperiode Sitzung des Integrationsrates der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 28.01.2016, 17.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

		<u>Seite</u>
1.	Austausch mit der Vorsitzenden des Integrationsrates der Stadt Emmerich am Rhein, Frau Seyran Dag	4 - 5
2.	Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsrates a) Sprechstunde b) Visitenkarten c) Informationsveranstaltung	5 - 6 6 6 - 7
3.	Veranstaltung eines Festes der Kulturen	7 - 8
4.	Flüchtlinge	8 - 9
5.	Mitteilungen a) Erste Schritte in Kleve – MY FIRST STEPS	10
6.	Anfragen ./.	10

Niederschrift

über die öffentliche 06./X. Ratsperiode Sitzung des Integrationsrates der Stadt Kleve am Donnerstag, dem 28.01.2016, 17.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

Unter dem Vorsitz des Mitglieds Ezer, Hüseyin sind anwesend die Stadtverordneten:

Gietemann, Josef Goertz, Heinz

Goertz, Heinz SPD

Heyrichs, Michael Offene Klever

Maaßen, Manfred CDU Siebert, Susanne CDU

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

im Rahmen der Integrationsratswahl gewählte

Mitglieder:

Weber, Julia

Zigan, Paul für Kizilkaya, Ünver

Balli, Nuray

Berg, van den, Anna

Boskamp, Maria für Overkamp, Lambertus

Giessen-Kleuters, van der, Mariska ab 17.25 Uhr TOP 2.

Kostiw, Lilli

Pisarek, Wladyslaw

beratenden Mitglieder:

Delbeck, Eva-Maria

Teigelkötter, Friedrich CDU Boskamp, Heinz SPD

Hütz, Klaus-Werner Bündnis 90/ DIE GRÜNEN

Nicht anwesend:

Kizilkaya, Ünver

Overkamp, Lambertus

Rütter Daniel FDP

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeisterin Northing Erster Beigeordneter Haas Verwaltungsdirektorin Keysers Tariflich Beschäftigter Wier Amtfrau Berns als Schriffführerin

Gäste:

Seyran Dag - Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Emmerich (zu TOP 1.)

Integrationsratsvorsitzender Ezer begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates fest.

Auf die Frage, ob es Anmerkungen zur Tagesordnungen gibt, meldet sich beratendes Mitglied Delbeck und beantragt die Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt "Flüchtlinge".

Der Integrationsrat erhebt keine Einwände.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift über die vergangene Sitzung ergeben sich nicht.

1. Austausch mit der Vorsitzenden des Integrationsrates der Stadt Emmerich am Rhein, Frau Seyran Dag

Die Vorsitzende des Integrationsrates der Stadt Emmerich, Frau Seyran Dag, stellt sich persönlich vor und berichtet über ihre Arbeit in Emmerich. Der Integrationsrat bestehe aus acht gewählten Mitgliedern und sechs Ratsmitgliedern. Er sehe sich als Wegweiser für die Betroffenen und informiere über seine Arbeit durch Flyer, die überall im Stadtgebiet auslägen. Die zwischenzeitlich durchgeführte 14-tägige Sprechstunde, werde nicht mehr angeboten, da die Betroffenen nicht bis zur Sprechstunde warten könnten. Die Mitglieder des Integrationsrates seien jederzeit erreichbar. Der Integrationsrat veranstalte jährlich ein Fest der Kulturen, das von Jahr zu Jahr besser angenommen werde. Aktuell beschäftige sich der Integrationsrat mit der Erstellung eines Integrationskonzeptes.

StV. Goertz möchte wissen, wie die Sprechstunde bekannt gemacht und von welchen Gruppen sie genutzt worden sei. Er meine, dass ein Problem der Betroffenen darin liege, zu erkennen, wie die Aufgabenverteilung in Kleve organisiert und welche Institution für das jeweilige Anliegen die richtige sei.

Frau Dag antwortet, dass die Sprechstunde über Flyer, die im gesamten Stadtgebiet verteilt worden seien und durch Mundpropaganda bekannt gemacht worden sei. Die Sprechstunde sei von all denjenigen, die Hilfestellungen benötigten, genutzt worden. Allerdings dürfe der Integrationsrat nicht beratend tätig sein, sondern leiste Unterstützung und begleite die Betroffenen zu den jeweiligen Institutionen.

Beratendes Mitglied StV. Boskamp fragt, wie gut die Sprechstunde angenommen worden sei.

Frau Dag antwortet, dass die Sprechstunde sehr gut angenommen worden sei. Sie werde nun aber nicht mehr angeboten, weil die Betroffenen auf ihre Fragen und Bedürfnisse unmittelbar eine Antwort benötigten.

StV. Goertz möchte wissen, ob die Sprechstunde auch von deutschen Bürgerinnen und Bürgern genutzt worden sei.

Frau Dag teilt mit, dass dies auch vorgekommen und auch gewünscht gewesen sei.

Beratendes Mitglied Delbeck fragt, ob für bestimmte Migrationsmilieus ein besonderer Bedarf gesehen werde.

Frau Dag verneint diese Frage und weist darauf hin, dass in der kommenden Woche ein Termin mit den ansässigen Vereinen stattfinde, die um Unterstützung hinsichtlich der Betreuung der unterschiedlichen Gruppen gebeten würden.

StV. Siebert fragt nach weiteren Themen, denen sich der Integrationsrat Emmerich annehme.

Frau Dag verweist auf das bereits angesprochene Integrationskonzept, das unter Einbeziehung aller Beteiligten erstellt werden solle. Darüber hinaus beschäftigten sie sich natürlich mit der aktuellen Flüchtlingssituation.

Beratendes Mitglied Delbeck fragt nach konkreten Themen im Zusammenhang mit der Flüchtlingssituation.

Frau Dag teilt mit, dass es in erster Linie um Hilfestellungen bei der Klärung von Fragen z.B. zum Aufenthaltsstatus oder zur Abwicklung der Zuweisung in andere Städte gehe. Die Fragen seien immer abhängig von den persönlichen Bedürfnissen.

StV. Goertz bittet um Auskunft zur Tradition des Festes der Kulturen, wie die Flüchtlinge in diesem Zusammenhang beteiligt würden und welche Rolle der Verwaltung bei der Umsetzung zuteilwerde.

Frau Dag antwortet, dass dieses Fest seit sechs Jahren durchgeführt und jedes Jahr bunter werde. Über das Fest werde in verschiedenen Sprachen informiert und die Flüchtlinge dazu eingeladen. Die Organisation übernehme alleine der Integrationsrat, die Verwaltung sei nicht beteiligt.

Frau Dag stellt die Frage, wie der Integrationsrat in Kleve für die Betroffenen erreichbar sei.

Vorsitzender Ezer antwortet, dass der Integrationsrat telefonisch, per Mail oder während der monatlichen Sprechstunde erreichbar sei.

Bürgermeisterin Northing führt aus, dass die Verwaltung einen Vertrag mit dem Caritasverband zur sozialpädagogischen Flüchtlingsbetreuung geschlossen habe. Eine gute Vernetzung sei über den Runden Tisch Asyl gegeben. Zudem biete die VHS Integrationslotsenkurse an und der zuständige Fachbereich Arbeit und Soziales stehe ständig als Ansprechpartner zur Verfügung. Es sei richtig, dass der Integrationsrat keine Rechtsberatung durchführen könne und dürfe. Sie macht deutlich, dass sich der Integrationsrat überlegen müsse, welche Hilfestellungen und Angebote er außerhalb bzw. neben der Sprechstunde noch anbieten wolle.

Vorsitzender Ezer bedankt sich im Namen des Integrationsrates bei Frau Dag für ihre Zeit und den möglichen Austausch.

2. Öffentlichkeitsarbeit des Integrationsrates

a) Sprechstunde

Verwaltungsdirektorin Keysers führt aus, dass die Möglichkeit bestehe, die Sprechstunde wunschgemäß auch für Einheimische anzubieten. Die Durchführung in den Räumlichkeiten in dem Gebäude Lindenallee sei allerdings nicht möglich.

StV. Siebert wirft die Frage auf, woran es liege, dass der Integrationsrat nicht den gewünschten Bekanntheitsgrad erreiche. Sie meine, dass die Informationen auf den Internetseiten der Stadt Kleve schwierig zu finden seien. Die Information über die Sprechstunde müsse zudem von allen besser kommuniziert werden, sei es über die Presse oder über Flyer, die weiter verbreitet verteilt werden sollten.

Verwaltungsdirektorin Keysers antwortet, dass die Flyer fertiggestellt seien und entsprechend verteilt werden könnten. Sie werde prüfen lassen, inwieweit die Informationen über die Sprechstunde auf der Internet-Startseite der Stadt Kleve eingebunden werden könnten. Darüber hinaus sei es dem Integrationsrat natürlich selbst überlassen, weitere Angebote zu schaffen.

StV. Gietemann fragt, ob übergangsweise das Bürgerbüro für die Sprechstunde genutzt werden könne.

Verwaltungsdirektorin Keysers hält dies nicht für sinnvoll, da es dort keine Rückzugsmöglichkeit gebe, so dass die Gespräche von anderen Besuchern mitverfolgt werden könnten.

StV. Heyrichs weist darauf hin, dass es nicht zutreffe, dass gar keine Informationen verbreitet worden seien, sich diese aber erst rundsprechen müssten.

Stellvertretendes Mitglied Zigan hält es für sinnvoll, auch in den Asylbewerberunterkünften auf den Integrationsrat und seine Angebote durch Aushang hinzuweisen.

Bürgermeisterin Northing weist darauf hin, dass dann nur diejenigen, die auch dort wohnhaft seien, erreicht würden. Sie schlägt daher vor, dass bei den Geldausgaben, bei denen alle Asylbewerber und Flüchtlinge vor Ort seien, ein Mitglied des Integrationsrates vor Ort sei und die Flyer verteile. Darüber hinaus solle die Sprechstunde auch alle anderen Bürgerinnen und Bürger ansprechen.

Der Integrationsrat schließt sich dem Vorschlag von Bürgermeisterin Northing einstimmig an. Darüber hinaus sollen die Flyer und Aushänge des Integrationsrates an verschiedenen Stellen/ Institutionen im Stadtgebiet verteilt und ausgehängt werden.

b) Visitenkarten

Es wird vereinbart, dass sich diejenigen, die Visitenkarten nutzen möchten, bei Frau Berns melden. Die Visitenkarten können nach den Wünschen des Einzelnen hinsichtlich der Inhalte gestaltet werden.

c) Informationsveranstaltung

Mitglied Weber meint, dass eine Informationsveranstaltung des Integrationsrates auch zur Vorbereitung auf ein Kulturfest dienen könne.

StV. Siebert äußert, dass es sinnvoll sei, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich, sofern eine solche Informationsveranstaltung überhaupt gewünscht sei, um die Vorbereitung kümmere und zudem Fragen wie die der Zielgruppe und die verfolgte Intention kläre.

Beratendes Mitglied Delbeck meint, dass der Aufgabenbereich abgesteckt werden müsse. Es solle sich um eine Information für alle Klever, Vereine und sonstigen Institutionen handeln. Es müsse provoziert werden, dass die Ansprüche aus den betroffenen Milieus dem Integrationsrat gegenüber formuliert würden.

Beratendes Mitglied StV. Hütz äußert, dass er sich eine bürgernahe Veranstaltung wünsche, bei der der Integrationsrat mit den Menschen unmittelbar in Kontakt trete.

Der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Informationsveranstaltung gehören folgende Mitglieder an:

Nuray Bally, Heinz Goertz, Michael Heyrichs, Klaus-Werner Hütz, Wladyslaw Pisarek, Susanne Siebert, Julia Weber

3. Veranstaltung eines Festes der Kulturen

StV. Goertz bezieht sich auf die Aussage von Frau Dag, dass dieses Fest in Emmerich sehr gut angenommen werde. Bei der Teilnahme am Festival of Tolerance im vergangenen Jahr habe ihn gestört, dass Flüchtlinge nicht in dem gewünschten Maße beteiligt gewesen seien. Er stelle sich ein Fest in der Stadt mit den verschiedenen, bereits etablierten, Gruppen vor.

Stellvertretendes Mitglied Zigan fragt nach dem Termin für das Festival of Tolerance in diesem Jahr.

Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo antwortet, dass ein Termin noch nicht bekannt sei. Sie weist auch darauf hin, dass der Integrationsrat als Gast an diesem Festival teilgenommen habe. Es sei sinnvoll, den zentralen Platz auf dem Gelände der Hochschule beizubehalten. Da im Gegensatz zur kurzfristigen, aber vor diesem Hintergrund dennoch sehr gelungenen Teilnahme im letzten Jahr eine frühzeitige Vorbereitung in diesem Jahr möglich sei, könnten einige Verbesserungen vorgenommen werden. Es hätten sich viele Personen sehr viele Gedanken zu diesem Festival gemacht, welches Toleranz leben und eben keine Unterscheidung nach Kulturen vornehmen wolle. Sie wirbt daher dafür, auch in diesem Jahr an dem Festival teilzunehmen.

Bürgermeisterin Northing schließt sich dem an und meint auch, dass bei rechtzeitigem, intensivem Bewerben der Veranstaltung auch der gewünschte Erfolg erzielt werde.

Beratendes Mitglied Delbeck sowie Vorsitzender Ezer sprechen sich dafür aus, sich auf ein Fest zu konzentrieren.

Erster Beigeordneter Haas unterstützt diese Aussage. Erst wenn sich dieses eine Fest etabliert habe, sollte ggf. über ein weiteres nachgedacht werden. Vor dem Hintergrund von Toleranz halte er die Durchführung eines Festes ohne Beteiligung der Hochschule für einen strategischen Fehler und wirbt dafür, die Hochschule mit einzubeziehen. Er stellt weiter die Überlegung an, dieses Fest an das Stadtfest anzubinden, da dadurch die Resonanz aufgrund der vorhandenen Besucher in der Stadt gesteigert werden könne.

StV. Goertz äußert, dass er die Anbindung an das Stadtfest für eine gute Idee halte. Er fragt, wer das Festival of Tolerance organisiere.

Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo antwortet, dass das Festival vom AStA organisiert werde. Es könne weiter darüber nachgedacht werden, ob der Integrationsrat neben dem AStA als Veranstalter auftreten wolle. Der Integrationsrat müsse dann sicher auch Kapital mitbringen, hätte aber auch die Möglichkeit, Externe zu dieser Veranstaltung einzuladen.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt einstimmig, das diesjährige Festival of Tolerance gemeinsam mit dem AStA der Hochschule Rhein-Waal zu organisieren.

Verwaltungsdirektorin Keysers regt an, zur Vorbereitung eine Arbeitsgruppe zu bilden und fragt, wer diese Aufgabe übernehmen wolle.

Der Arbeitsgruppe zur Vorbereitung des diesjährigen Festival of Tolerance gehören neben der Gleichstellungsbeauftragten Yvonne Tertilte-Rübo folgende Mitglieder an: Nuray Balli, Anna van den Berg, Hüseyin Ezer, Michael Heyrichs, Lilli Kostiw, Wladyslaw Pisarek, Julia Weber, Paul Zigan

Erster Beigeordneter Haas sichert zu, dass die Verwaltung auf den Veranstalter und darüber hinaus auf das Präsidium der Hochschule zugehen werde, um die nötigen Rahmenbedingungen und auch die Bereitschaft zur gemeinsamen Organisation dieses Festes zu klären. Er hält es für sinnvoll, die Organisation der Teilnahme über eine Arbeitsgruppe zu strukturieren.

4. Flüchtlinge

Beratendes Mitglied Delbeck wirft die Frage auf, wie Integration stattfinde. Sie glaube, dass Integration in die Demokratie einzubetten sei und es den Asylbewerbern und Flüchtlingen diene, wenn sie aus ihrer Mitte Vertreter aus den jeweiligen Sprachgruppen wählen würden und dass dadurch die Kommunikation zwischen ihnen und der Gesellschaft erleichtert würde. Es sei wichtig, wie die Betroffenen in die Gesellschaft integriert würden. Sie könne sich eine Umsetzung wie in Kranenburg vorstellen und meint, dass sich ein solches Vorgehen lohnen würde.

Bürgermeisterin Northing macht deutlich, dass das Kranenburger Modell in Kleve aufgrund seiner Größe und der Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge in Kleve nicht umsetzbar sei. Sie regt an, Herrn Kahm einzuladen, damit er über die Gegebenheiten in Kranenburg berichten könne. Die Bestrebungen und Wünsche sollten zudem aus dem Kreis der Betroffenen kommen und könnten dann zunächst beim Runden Tisch Asyl besprochen werden.

Mitglied Weber äußert, dass die Betroffenen bei ihrer Einreise das Bedürfnis hätten, das Landesrecht kennenzulernen. Sie seien noch gar nicht dazu in der Lage, sich, wie von Frau Delbeck vorgetragen, einzubringen. Dies könne nur dann gelingen, wenn die Personen dauerhaft in der Stadt lebten.

Vor dem Hintergrund, dass im alten Postgebäude am Bahnhof eine weitere Asylbewerberunterkunft eingerichtet wird, regt StV. Siebert an, auch für die Unterstadt einen Runden Tisch Asyl zu bilden.

Erster Beigeordneter Haas führt aus, dass er selber bei einer Veranstaltung in Keeken zugegen gewesen sei. Es habe ein sehr konstruktiver Austausch zwischen allen Beteiligten stattgefunden, denen er seinen Dank ausspreche. Im Zusammenhang mit der Einrichtung einer weiteren Asylbewerberunterkunft am Bahnhof werde die Verwaltung eine Informationsveranstaltung (voraussichtlich im Februar) für die Bürgerinnen und Bürger durchführen. Die Vorbereitungen seien aber noch nicht soweit gediehen, als dass eine seriöse Information zum jetzigen Zeitpunkt möglich sei. Die Unterbringung der Asylbewerber am Bahnhof werde ab Anfang März erfolgen. Die Versammlung werde durchgeführt, wenn alle Details erarbeitet seien, um auf die Fragen, Anregungen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger angemessen und seriös reagieren zu können. Derzeit lebten 620 Asylbewerber in Kleve. Durch die Aufgabe der Notunterkünfte am KAG und dem Berufskolleg Kleve zum 01.03.2016 ende auch die Aussetzung der übrigen Zuweisungen und es müsse mit weiteren Zuweisungen gerechnet werden. Aus diesem

Grund sei es erforderlich gewesen, die Unterkunft am Bahnhof anzumieten. Die Verwaltung verfolge aber weiter das Ziel einer dezentralen Unterbringung. Er weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Verwaltung derzeit die Umsetzung des Ratsbeschlusses zur Einrichtung einer Koordinationsstelle prüfe. Ein Konzept könne ggf. Ende Februar vorliegen.

Bezug nehmend auf die Berichterstattung in der Presse macht Bürgermeisterin Northing deutlich, dass eine Informationsveranstaltung von Beginn an geplant gewesen sei und mit den Anliegen von Bürgern seriös umgegangen werde. Sie appelliere an die Presse, sehr moderat mit diesem Thema umzugehen. Alle Kleverinnen und Klever hätten den Auftrag, den sozialen Frieden in der Stadt zu erhalten. Sie weist weiter darauf hin, dass die Kommunen mit den kommunalen Spitzenverbänden in Kontakt stünden und die Unzufriedenheit über die Quoten- und Erstattungsregelungen kundgetan hätten. Im Rahmen der Bürgermeister-Konferenz würde ein gemeinsames Schreiben an Bundeskanzlerin Merkel aufgesetzt, um sie deutlich auf die Missstände hinzuweisen.

Beratendes Mitglied Delbeck äußert, dass es gut sei, eine Informationsveranstaltung vor der Unterbringung der Asylbewerber durchzuführen, um dadurch die Sorgen und Bedenken der Bürgerinnen und Bürger aufzufangen. Sie meint, dass Integration letztlich über die persönliche Begegnung funktioniere.

StV. Heyrichs merkt an, dass er sich schon eine frühzeitigere und transparentere Information gewünscht hätte.

StV. Gietemann hält dem entgegen, dass diese Überlegungen bereits im Bau- und Planungsausschuss im Zusammenhang mit der Veräußerung des Postgebäudes vorgetragen worden seien. Es müsse auch berücksichtigt werden, dass sowohl das Gebäudemanagement als auch der Fachbereich Planen und Bauen mehr als ausgelastet seien.

Erster Beigeordneter Haas stellt klar, dass über die endgültigen Vertragsinhalte im Dezember berichtet worden sei. Überlegungen in diese Richtung seien bereits frühzeitiger angekündigt worden, die endgültige Entscheidung aber auch erst nach einem enormen Prüfungsprozess gefallen.

Mitglied Kostiw äußert ihre Sorgen bzgl. der Unterbringung von Asylbewerbern in dem ehemaligen Postgebäude.

Erster Beigeordneter Haas versichert, dass die Verwaltung die Sorgen ernst nehmen werde und um sinnvolle Regelungen für alle Beteiligten bemüht sei.

Bürgermeisterin Northing meint, dass gerade zum Abbau von Sorgen und Ängsten auch für die Unterstadt ein Runder Tisch Asyl eingerichtet werden solle.

Beratendes Mitglied Delbeck bittet um ein Votum zum von ihr angeregten Demokratieprozess unter den Asylbewerbern und Flüchtlingen oder alternativ um Einladung des Herrn Kahm.

Der Integrationsrat spricht sich dafür aus, Herrn Kahm zur nächsten Sitzung einzuladen.

Abschließend berichtet Vorsitzender Ezer über seine eigenen Erfahrungen, als er nach Deutschland gekommen sei. Integration sei ein langer Weg, dem auch nicht alle Betroffenen folgen würden.

5. Mitteilungen

a) Erste Schritte in Kleve - MY FIRST STEPS

Gleichstellungsbeauftragte Tertilte-Rübo stellt das Projekt "Erste Schritte in Kleve - MY FIRST STEPS" von Studierenden der Hochschule für Flüchtlinge und Asylbewerber vor. In kurzen englisch-sprachigen Filmen würden die deutschen Werte, die Mentalität und wesentliche Informationen z.B. zum Alltag oder Nahverkehr in einfacher Darstellung vermittelt. Sie werde über dieses Projekt am 03.02.2016 an der Hauptschule Materborn informieren.

Bürgermeisterin Northing zeigt sich begeistert von diesem Projekt und richtet ihren Dank an die Studierenden und die Gleichstellungsbeauftragte.

Stellvertretend für die beteiligten Studierenden bedankt sich Ferdinand Niemann für die Möglichkeit, das Projekt vorstellen zu dürfen und über das positive Feedback.

Mitglied Weber teilt mit, dass die Zusammenarbeit mit den Flüchtlingen und Studierenden in einer guten Atmosphäre Freude gemacht habe.

6.	Anfrag	en

./.

Ende der Sitzung: 19.02 Uhr

(Ezer) Vorsitzender (Berns) Schriftführerin